



WEISHEIT DER VIELEN

BürgerInnen-Räte im Flucht- und Asylbereich

Worum geht's?

Die Aufnahme von Flüchtlingen in der Gemeinde löst zumeist eine sehr emotionalisierte Debatte zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen aus. Engagement und Ablehnung stehen sich gegenüber und teilweise unvereinbare Standpunkte in den jeweiligen Gremien und in der Bevölkerung führen zu verhärteten Fronten und Konflikten. Dennoch gilt es zu handeln und das Problem konstruktiv anzugehen. BürgerInnen-Räte können dabei helfen, zu einer gemeinsam getragenen Lösung zu finden, die auch von Akzeptanz in der Bevölkerung geprägt ist. Unter Einbindung aller relevanter Akteure und der Bevölkerung werden Maßnahmenvorschläge erarbeitet, wie die Aufnahme und das Zusammenleben in der Gemeinde gelingen kann.

Womit können wir unterstützen?

1. **BürgerInnen-Räte:** Bei einer konstruktiven und gelungenen Aufnahme von Flüchtlingen in der Gemeinde unter Beteiligung der Bevölkerung im Rahmen von BürgerInnen-Räten.
2. **Konfliktmoderation:** In ihrer Gemeinde wurden bereits Flüchtlinge aufgenommen, es haben sich jedoch Probleme und Konflikte entwickelt. Im Rahmen einer Konfliktmoderation mit der Methode Dynamic Facilitation erarbeiten wir unter Einbezug aller relevanter Personen gemeinsam getragene Lösungsvorschläge für das Problem.

Fachliche Begleitung

Durch die fachliche Begleitung einer Expertin/eines Experten aus dem Flucht- und Asylwesen wird der Informationsbedarf von Seiten der Gemeinde und der Bevölkerung gedeckt und thematische und rechtliche Fragen können schneller geklärt werden. Dies erhöht zusätzlich die Prozessqualität.

Ziele

- > Einbindung der Bevölkerung in die Entscheidungsfindung der Gemeinde
- > verschiedene Standpunkte sichtbar machen und austauschen
- > Vorurteilen & Ängsten der BürgerInnen koordiniert Gehör geben
- > Fehlende und falsche Informationen (die Gerüchte verursachen) sammeln und ergänzen
- > gemeinsam Lösungen für eine gute Aufnahme erarbeiten

Kosten

Die Kosten für einen BürgerInnen-Rat und die Konfliktmoderation werden vom Land Tirol übernommen.